

Carsten Burhop

Finanzinstitutionen als Risikofaktor: Der Zusammenbruch der Leipziger Bank als Problem der Unternehmensverfassung*

I. Einleitung

Am 25. Juni 1901 brach die seit 1839 bestehende Leipziger Bank zusammen. Die meisten Marktteilnehmer wurden durch den Konkurs dieser als solide geltenden Bank – die bis 1875 als Privatnotenbank und seitdem als Kreditbank operiert hatte – völlig überrascht, sodass es zu einer panikartigen Reaktion kam und die Kurse an der Berliner Aktienbörse an diesem Tag um durchschnittlich 2,3 Prozent fielen. Dies war, wie ein nachträglich berechneter Tagesaktienkursindex zeigt, der größte Kursverlust an einem Handelstag zwischen 1892 und 1913.¹ Insbesondere Aktien von Banken gerieten an diesem Tag unter Druck: Die Aktien der Deutschen Bank verloren 3,4 Prozent, die Aktien der Disconto-Gesellschaft brachen um 5,6 Prozent ein, die Aktien der Dresdner Bank stürzten um 5,5 Prozent und die Aktien der Darmstädter Bank für Handel und Industrie fielen um 2,4 Prozent.

Eine allgemeine Bankenkrise, wie man sie 1931 nach dem Zusammenbruch der Darmstädter- und Nationalbank (Danat-Bank) erleben sollte, trat 1901 jedoch nicht ein, obwohl bereits kurz vor dem Zusammenbruch der Leipziger Bank einige Hypothekenbanken und die Creditanstalt für Industrie und Handel in Dresden falliert hatten.² Als bald stellte sich nämlich heraus, dass der Zusammenbruch der Leipziger Bank durch die Beziehungen zu einem einzigen Unternehmen, zu der in Kassel ansässigen Aktiengesellschaft für Trebertrocknung, verursacht worden war. Damit waren die beiden sächsischen Bankenpleiten des Jahres 1901 jeweils durch übermäßige Klumpenrisiken entstanden: im Fall der Leipziger Bank durch die Beziehung zur Trebergesellschaft, im Fall der Creditanstalt durch die Beziehungen zum Elektrokonzern Kummer & Co.³

* Ich möchte mich bei den Mitarbeitern des Sächsischen Staatsarchivs in Leipzig für die Hilfe bei der Archivrecherche sowie bei Katia Kube und Thorsten Lübbers für kritische Anmerkungen zum Manuskript bedanken. Alle verbliebenen Fehler gehen vollständig zu Lasten des Verfassers. Dieser Aufsatz wurde als Teil eines Panels zum Thema „Finanzinstitutionen als Risikofaktor“ am 6. März 2008 auf der Tagung des Ausschusses für Wirtschaftsgeschichte des Vereins für Socialpolitik in Salzburg vorgetragen.

- 1 Dies ergibt sich aus dem von Gelman/ Burhop erstellten Tagesaktienkursindex für den Zeitraum vom 31. Dezember 1891 bis zum 31. Dezember 1913. Vgl. Sergy Gelman/ Carsten Burhop, Taxation, Regulation, and the Information Efficiency of the Berlin Stock Exchange, 1892-1913, in: *European Review of Economic History* 12 (2008), S. 39-66.
- 2 Tilly gibt einen hervorragenden Überblick über das Verhältnis der Krise der Leipziger Bank zur allgemeinen konjunkturellen Lage. Vgl. Richard H. Tilly, Die deutsche Wirtschaftskrise von 1900/01 und der Fall der Leipziger Bank, in: ders. (Hrsg.), *Bankenkrisen in Mitteleuropa im 19. und 20. Jahrhundert* (Geld und Kapital 3). Stuttgart 2000, S. 69-100.
- 3 Arthur Schulze, Die Bankkatastrophen in Sachsen im Jahre 1901 (Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Ergänzungsheft 9). Tübingen 1903, beschreibt beide Bankenpleiten sehr ausführlich, vermutlich auf Grundlage der jeweiligen Konkursberichte und Prozessunterlagen. In weiten Teilen stützt sich der vorliegende Beitrag auf Schulzes Monografie.

Da der Zusammenbruch der Leipziger Bank ausschließlich durch die Beziehungen zur Trebergesellschaft verursacht wurde, stehen in diesem Beitrag das Geschäftsgebaren dieser Gesellschaft und ihr Verhältnis zur Leipziger Bank im Vordergrund. Des Weiteren wird untersucht, inwieweit die Kontrollinstanzen innerhalb der Leipziger Bank – also insbesondere der Aufsichtsrat – ihren Pflichten nachkamen. Abschließend wird darüber spekuliert, welche Anreize die Direktion der Leipziger Bank zum Aufbau einer derart riskanten Kundenbeziehung bewegt haben könnten. Im letzten Abschnitt werden einige Schlussfolgerungen für die Struktur von Finanzinstitutionen vorgestellt.⁴

II. Die Entwicklung der Leipziger Bank bis 1895

Die Leipziger Bank galt Anfang der 1880er Jahre als grundsolide Bank der Leipziger Aristokratie und des Leipziger Bürgertums. Die Aktien der Gesellschaft wurden sogar als mündelsichere Papiere angesehen.⁵ Andererseits galt die Bank auch als „eingeschlafene Notenbank“,⁶ die ihre Chancen am Markt nicht voll ausschöpfte. Daher wurde 1887 August Heinrich Exner, ein früherer Prokurist der Deutschen Bank in Berlin, als neues Vorstandsmitglied berufen. Der damals erst 29-jährige Exner brachte gute Verbindungen in die Berliner Hochfinanz mit und sollte die Leipziger Bank stärker in Berlin, dem damals wichtigsten Finanzplatz Deutschlands, verankern. Dies gelang dem neuen Vorstand bestens. In den folgenden Jahren wurde die Leipziger Bank bei zahlreichen Emissionsgeschäften mit herangezogen. Der Kundenkreis der Bank wurde erheblich erweitert – beim Zusammenbruch im Jahre 1901 unterhielten etwa 8.000 Kunden ein Konto bei der Bank – und die Reklame für die Bank in der einschlägigen Tagespresse gezielt verstärkt.⁷ Im Mai 1890 wurden die Aktien der Leipziger Bank zudem an der Berliner Börse eingeführt. Dabei wurde das Aktienkapital der Gesellschaft von 18 auf 24 Mio. Mark erhöht.⁸

- 4 Dieser Beitrag stützt sich größtenteils auf das spärlich vorliegende gedruckte Material zum Zusammenbruch der Leipziger Bank. Die Unterlagen der Leipziger Bank selbst sind – bis auf zwei Akten – nicht überliefert, wie eine Einsichtnahme im Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig ergab. Andere Bestände des Sächsischen Staatsarchivs in Leipzig geben ebenfalls keine Auskunft über die Krise. Anfragen im Bundesarchiv sowie im Historischen Institut der Deutschen Bank konnten keine relevanten Informationen zu Tage fördern. Im Archiv der Deutschen Bank sind zwei Akten überliefert, die sich mit der Verwertung von Aktiva aus der Konkursmasse der Leipziger Bank beschäftigen. Im Bundesarchiv sind im Bestand der Reichsbank lediglich Zeitungsausschnittsammlungen überliefert. Die Prozessakten der Verhandlungen vor dem Schwurgericht in Leipzig sowie vor dem Reichsgericht waren im Sächsischen Staatsarchiv bzw. im Bundesarchiv nicht aufzufinden. Die vom Sächsischen Finanzministerium überlieferte Konkursakte wurde bereits von Tilly, Wirtschaftskrise (wie Anm. 2), ausgewertet.
- 5 Felix Hecht, Die Katastrophe der Leipziger Bank, in: Verein für Socialpolitik (Hrsg.), Die Störungen im deutschen Wirtschaftsleben während der Jahre 1900 ff., Bd. 6: Geldmarkt, Kreditbanken (Schriften des Vereins für Socialpolitik 110). Leipzig 1903, S. 373-389, hier S. 373.
- 6 Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 86.
- 7 Ebd., S. 86 f.; Hecht, Katastrophe, S. 374.
- 8 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1890/91, S. 347 f.

Die innerbetrieblichen Verhältnisse änderten sich im Geschäftsjahr 1895, als das langjährige Vorstandsmitglied Otto Fiebiger durch den Juristen Albert Gentzsch ersetzt wurde. Gentzsch sollte vor allem ein Gegengewicht zum dynamischen Exner bilden, erwies sich aber in kaufmännischer Hinsicht als ungeeignet: „Energieelos liess er die Dinge ihren Lauf nehmen, obgleich ihm die Casseler Verbindung bereits seit 1897 grosse Sorge bereitete.“⁹ Darüber hinaus hatte Adolf Rossbach bereits auf der im Frühjahr 1894 abgehaltenen Generalversammlung den Vorsitz im Aufsichtsrat an Eugen Sachsenröder übergeben, sodass seit 1894/95 neues Personal an der Spitze der beiden Gremien stand.¹⁰

Auf der Generalversammlung im Frühjahr 1898 wurden zudem die Unternehmensstatuten modifiziert.¹¹ Die neuen Statuten schränkten vor allem die Mitspracherechte der Aktionäre ein. So wurde ihnen das Recht entzogen, Punkte auf die Tagesordnung der Generalversammlung zu setzen; die Statuten von 1871 hatten hingegen noch vorgesehen, dass eine Gruppe von zehn Aktionären, die gemeinsam mindestens 50 Aktien besaßen, die Aufnahme eines Tagesordnungspunktes erzwingen konnte. Außerdem mussten die Verhandlungen der Generalversammlung nach den neuen Statuten nicht mehr wie zuvor öffentlich bekannt gegeben werden. Des Weiteren entfiel Satz 2 des Artikels 74 der Statuten von 1871: „In dem Falle begangener Dienstwidrigkeiten, grober Fahrlässigkeit oder eines Verhaltens, welches mit der Ehre und dem Interesse der Gesellschaft unverträglich ist, können die Directoren von dem Amte durch den Aufsichtsrat suspendiert, respective ganz enthoben werden.“ Damit war dem Aufsichtsrat seit 1898 die Möglichkeit genommen worden, den Vorstand zu entlassen. Schließlich reduzierten die neuen Statuten die monetären Anreize für den Aufsichtsrat, dessen Tantieme von zehn auf fünf Prozent des Überschussgewinns reduziert wurde.¹² Demgegenüber geht aus der Gewinnverteilungsregelung in den Statuten sowie den in den Bilanzen publizierten Gesamtantienmen, das heißt den Tantiemen für Aufsichtsrat und Vorstand, hervor, dass die Tantiemen des Vorstands ab dem Geschäftsjahr 1898 kräftig von 2,125 auf 8,5 Prozent des Reingewinns erhöht wurden.

Die neue personelle Zusammensetzung von Vorstand und Aufsichtsrat gab dem alt-ingesessenen Vorstand Exner möglicherweise mehr Freiräume zur Umsetzung einer expansiven und riskanten Geschäftspolitik. Darüber hinaus waren die Kontrollrechte der Aktionäre durch die Statutenreform von 1898 größtenteils beseitigt, die Überwachungsanreize des Aufsichtsrates reduziert und die monetären Anreize für den Vorstand deutlich erhöht worden.

- 9 Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 87.
 10 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1894/95; 1895/96.
 11 Sächsisches Staatsarchiv Leipzig (StA-L), 21030/Leipziger Bank/1, Statuten der Leipziger Bank.
 12 Die Gewinnverteilungsregel der Statuten von 1871 sah vor, dass zunächst vier Prozent Dividende gezahlt werden musste; der verbleibende Gewinn wurde auf Reserven (25 Prozent bis der Reservefonds zehn Prozent des Aktienkapitals erreicht hatte), zehn Prozent Tantieme für den Aufsichtsrat, vertragliche Tantieme für die Direktion und der Rest als Superdividende verteilt. Die Gewinnverteilungsregel der Statuten von 1898 sah vor, dass zunächst fünf Prozent des Gewinns in den Reservefonds fließen mussten bis dieser zehn Prozent des Aktienkapitals erreicht hatte, was allerdings schon lange der Fall war. Dann folgte eine Dividendenzahlung in Höhe von vier Prozent des nominalen Aktienkapitals. Der verbleibende Gewinn wurde zur Zahlung der Aufsichtsratsantienme in Höhe von fünf Prozent, der vertraglich fixierten Vorstandstantienme und der Superdividende verwendet sowie als Zuschuss zum Beamtenpensionsfonds.

Exner trieb nun die Expansion der Bank rasch voran: Filialen in Chemnitz (1895), Dresden (1896) und Plauen (1898) sowie Wechselstuben und Depositenkassen in Markneukirchen (1898) und Aue (1898) wurden eröffnet.¹³ Darüber hinaus wurde das Aktienkapital der Leipziger Bank erneut deutlich erhöht, nämlich im Jahre 1896 von 24 auf 32 Mio. Mark und im Jahre 1898 nochmals auf nunmehr 48 Mio. Mark.¹⁴

Eine neue Geschäftsstrategie der Leipziger Bank wurde vor allem im Bereich des Emissionsgeschäfts sichtbar. Während sich die Bank bereits 1891 an der Emission von Kommunalanleihen, an der Konvertierung von Eisenbahnprioritätsanleihen sowie an der Emission von Aktien aus Kapitalerhöhungen beteiligt hatte, so nahm sie in den folgenden Jahren in keinem nennenswerten Umfang an Wertpapieremissionen teil.¹⁵ Erst 1895 und 1896 wurde die Leipziger Bank wieder im Wertpapieremissionsgeschäft tätig. Diesmal allerdings nicht mehr als Emittent von risikoarmen Kommunalanleihen, sondern als Finanzier von elektrischen Straßenbahnen und Elektrizitätswerken in Bernburg und Altenburg.¹⁶ 1898 beteiligte sich die Bank an der Gründung von drei Aktiengesellschaften mit einem Kapital von insgesamt vier Mio. Mark.¹⁷ Als besonders verheerend sollte sich jedoch die enge Bindung der Leipziger Bank an die Aktiengesellschaft für Trebertrocknung (kurz: Trebergesellschaft) aus Kassel erweisen, die im Jahre 1895 begann.¹⁸

III. Die Leipziger Bank und das Klumpenrisiko „Trebergesellschaft“

Die Trebergesellschaft wurde am 4. November 1889 als Aktiengesellschaft eingetragen, bestand jedoch zuvor schon als Personenhandelsgesellschaft, die von dem Kaufmann Adolf Schmidt, dem späteren einzigen Vorstandsmitglied der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung, betrieben wurde. Zweck des Unternehmens war es, Treber, ausgezogene Malzhülsen, die bei der Bierproduktion abfallen, zu trocknen und zu Tierfutter weiterzuverarbeiten. Die zunächst solide Gesellschaft arbeitete mit einem Aktienkapital von anfangs 350.000 Mark, das 1892 auf 650.000 Mark und 1894 auf schließlich eine Mio. Mark erhöht wurde, und erzielte eine Eigenkapitalrentabilität von rund zehn Prozent.¹⁹

1895 expandierte die Trebergesellschaft in ein neues Geschäftsfeld, indem sie das Reichspatent-Nr. 65.447 sowie die beiden Zusatzpatente Nr. 80.624 und Nr. 88.014 (Verfahren zur Destillation von Holzklele und Holzabfällen) von F. J. Bergmann übernahm. Hierbei handelte es sich um ein Verfahren zur Herstellung von Holzessig und Holzteer aus Holzabfällen. Die beiden Produkte sollten unter anderem an die blühende Teerfarbenindustrie verkauft werden. Insbesondere strebte Schmidt in seiner Funktion

13 Zusammengestellt nach Saling' Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse, versch. Jgge.

14 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1901/02, S. 598.

15 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1892/93, S. 345 f. (für 1891, die folgenden Jahrgänge der Börsenpapiere weisen keine Emissionstätigkeit aus).

16 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1896/97, S. 491.

17 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1899/1900, S. 569.

18 Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 70.

19 Ebd., S. 69 ff.; Eckhardt Wanner, Der Treber-Skandal – Ein Patent mit fatalen Folgen, in: Die Bank 2/ Februar 2001, S. 144 ff.

als Vorstand der Trebergesellschaft den Aufbau eines Weltmonopols für Holzessig auf Grundlage des angeblich technisch überlegenen Bergmann'schen Verfahrens an.²⁰ Die Expansion in dieses neue Geschäftsfeld wurde größtenteils durch die Leipziger Bank finanziert, die zeitgleich mit dem erwähnten Patenterwerb in Geschäftsbeziehungen mit der Trebergesellschaft trat.

Die Trebergesellschaft begann umgehend, das heißt bevor das Verfahren auf technische Durchführbarkeit und wirtschaftliche Nützlichkeit geprüft worden war, mit der europaweiten Expansion. Das Aktienkapital der Trebergesellschaft wurde bis zum 8. Februar 1898 – also innerhalb von drei Jahren – von einer auf zwölf Mio. Mark erhöht. Die Bilanzen der Gesellschaft wiesen dabei immer hohe Gewinne aus, die Aktionäre bezogen erhebliche Dividenden und der Aktienkurs entwickelte sich positiv: Die Dividenden betragen in den Geschäftsjahren 1895/96 bis 1899/00 immerhin 38, 50, 40, 40 und 25 Prozent; der Aktienkurs stand am Ende der Jahre 1895 bis 1899 bei 370, 550, 645, 349 und 308,5.²¹ Mit einem Börsenwert von über 37 Mio. Mark gehörte die Trebergesellschaft damit Ende 1899 zu den fünfzig größten börsennotierten Aktiengesellschaften im Deutschen Reich.

Im Konkursverfahren stellte sich jedoch heraus, dass die Bilanzen der Trebergesellschaft in großem Stil gefälscht und wirkliche Gewinne nie erwirtschaftet worden waren. So erzielte die Trebergesellschaft Buchgewinne, indem sie Tochtergesellschaften im Ausland gründete und an diese das (wertlose) Patent lizenzierte. Insgesamt wurden 24 Tochtergesellschaften mit einem Nominalkapital von über 50 Mio. Mark in ganz Europa ins Leben gerufen. Die Tochtergesellschaften bezahlten die Patentlizenz mit Aktien, die jedoch größtenteils nicht weiterverkauft wurden, sondern im Portfolio der Trebergesellschaft verblieben. In der Bilanz entstand durch diese Transaktion jedoch ein Gewinn; da andererseits der Trebergesellschaft kein Bargeld zufluss, wurden die Dividenden und Tantiemen durch Kredite bei der Leipziger Bank finanziert. In den Folgejahren verbuchte der Vorstand der Trebergesellschaft in steigendem Maße Scheingeschäfte mit den Tochtergesellschaften in der Gewinn- und Verlustrechnung. Beispielsweise wurden im März 1895 – kurz vor Ende des Geschäftsjahres 1894/95 am 31. März 1895 – 17 fiktive Verkaufsgeschäfte an Tochtergesellschaften verbucht, die der Muttergesellschaft einen Gewinn von 350.000 Mark erbrachten. Dadurch wurde der Jahresverlust der Trebergesellschaft in einen Bilanzgewinn in Höhe von 180.000 Mark verwandelt und aus diesem eine Dividende von zehn Prozent und eine Tantieme von 26.000 Mark verteilt. Der Konkursverwalter der Trebergesellschaft stellte im Nachhinein fest, dass zwischen 1895 und 1900 rund 50 Mio. Mark an Aktiva künstlich geschaffen worden waren, von denen über 21 Mio. Mark als Dividende und Tantieme ausgeschüttet worden waren.²²

Die hierzu notwendigen liquiden Mittel wurden bei der Leipziger Bank, der Hausbank der Trebergesellschaft, beschafft. Da am Finanzmarkt bekannt war, dass das Leipziger Institut die einzige Bankverbindung der Trebergesellschaft war, bestand ein Teil der Bilanzfälschung darin, die laufenden Bankkredite zu niedrig auszuweisen. Darüber hinaus

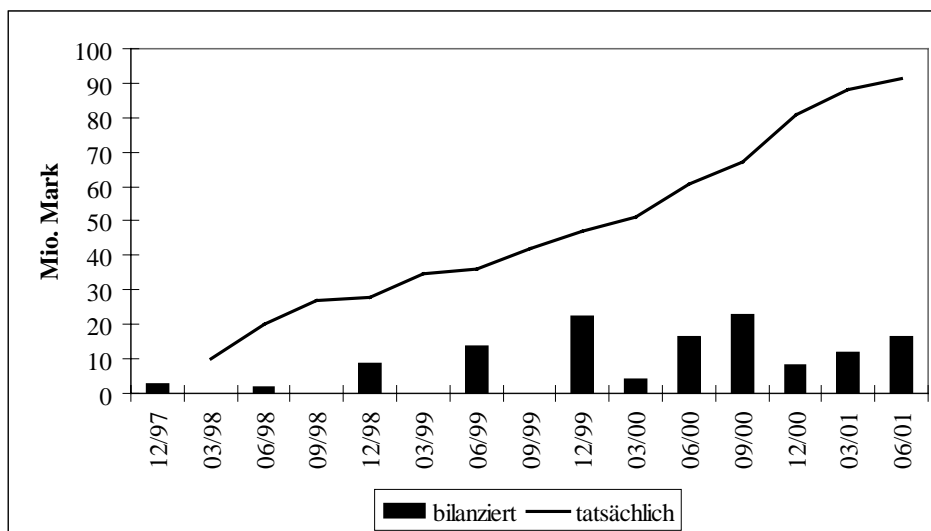
20 Aussage von Schmidt im Konkursprozess der Leipziger Bank. Vgl. Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 72 f.

21 Ebd., S. 73 f.

22 Ebd., S. 74-77, 96.

verschleierte auch der Vorstand der Leipziger Bank, Exner, das Engagement seiner Bank bei der Trebergesellschaft, und zwar sowohl in den veröffentlichten Bilanzen als auch intern gegenüber dem Aufsichtsrat. Die Abbildung zeigt die Entwicklung der bilanzierten und der tatsächlichen Forderungen der Leipziger Bank gegenüber dem Treberkonzern. Die Vertuschung der Kredite durch Exner hätten dem Aufsichtsrat bei sorgfältiger Arbeit möglicherweise auffallen können. Zumindest wäre er gemäß den Statuten dafür zuständig gewesen, den vom Vorstand vorgelegten Jahresabschluss zu prüfen und festzustellen.²³

Abbildung: Kredite der Leipziger Bank an den Treberkonzern (in Mio. Mark)



Quelle: Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 82, 137.

Das offizielle Kreditvolumen der Leipziger Bank an den Treberkonzern belief sich Ende 1899 auf immerhin 22 Mio. Mark, rund 21 Prozent der ausgewiesenen Bilanzsumme der Leipziger Bank. Das tatsächliche Kreditvolumen hatte zu diesem Zeitpunkt jedoch bereits einen Stand von rund 47 Mio. Mark, also etwa 29 Prozent der tatsächlichen Bilanzsumme der Leipziger Bank, erreicht.²⁴ Ein Jahr später betrugen die Kredite der Leipziger Bank an die Trebergesellschaft bereits mehr als 81 Mio. Mark, etwa die Hälfte der gesamten Aktiva des Instituts. Zum Zeitpunkt des Zusammenbruchs schließlich belief sich das Kreditvolumen auf 91.162.579 Mark, ca. 57 Prozent der gesamten Aktiva der Leipziger Bank.

- 23 Dies bedeutet auch, dass die Aktionäre weder ein Prüfungsrecht hatten noch den Jahresabschluss auf der Generalversammlung feststellen mussten.
- 24 In den Bilanzen der Leipziger Bank wurden nahezu durchgehend Forderungen und Verbindlichkeiten gegeneinander aufgerechnet, sodass die Bilanzsumme geringer, die Eigenkapitalquote hingegen höher erschien.

Zu klären ist nun, wieso der Vorstand der Leipziger Bank diese Geschäftspolitik wählte und wie er sie vor dem Aufsichtsrat und den Aktionären verbergen konnte. Zunächst einmal wurden die Verbindlichkeiten des Treberkonzerns auf zahlreichen verschiedenen Konten verbucht. Neben dem „Conto ordinario“ wurde ein „Separat-Konto“ eingerichtet; darüber hinaus wurden Sonderkonten für die Tochtergesellschaften der Trebergesellschaft, Konten für den Vorstand und die Aufsichtsräte der Trebergesellschaft, Konsortialkonten für die Unterbringung von Aktien, ein Kursinterventionskonto zur Stützung der Treberaktien etc. geschaffen. Der Konkursverwalter der Leipziger Bank zählte bis zu 200 verschiedene Konten, die fast ausschließlich im Vorstandssekretariat der Bank und nicht in der Buchhaltung geführt wurden. Zudem wurde eine Sicherung der Kredite durch Waren oder Anlagevermögen des Treberkonzerns angegeben; da die Konkursquote der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung lediglich 3,5 Prozent betrug, war diese dingliche Sicherung jedoch größtenteils wertlos.²⁵

Anfänglich ging es der Leipziger Bank und insbesondere ihrem Vorstand Exner sicherlich um den Aufbau einer lukrativen Geschäftsbeziehung. Man befürchtete zudem, dass Berliner Großbanken die aufstrebende Trebergesellschaft als Kunden gewinnen könnten. Ein besonderes Problem ergab sich dabei aus dem Zugang zur Berliner Börse, da dort nur in Berlin ansässige Banken Aktien einführen durften. Die Leipziger Bank wollte den neuen Großkunden jedoch unbedingt halten und räumte ihm besonders gute Konditionen ein: Bereits im Februar 1895 wurde ein Blankokredit in Höhe von 500.000 Mark bewilligt; die Kapitalerhöhung der Trebergesellschaft im Januar 1896 führte die Leipziger Bank gegen die sehr niedrige Garantieprovision von nur einem halben Prozent durch. Das Engagement der Leipziger Bank zahlte sich jedoch aus, da das Geschäftsvolumen im Jahre 1896 durch die Gründung zahlreicher Tochtergesellschaften rasch wuchs. In diesem Jahr sollen bereits 20 Prozent der gesamten Erträge der Leipziger Bank aus Geschäften mit dem Treberkonzern resultiert haben.²⁶

Gleichwohl fühlte sich Direktor Exner mit dem wachsenden Kreditvolumen der Trebergesellschaft unwohl und forderte bereits im September und im November 1897, die Kredite nicht weiter auszudehnen.²⁷ Ein Schreiben von Exner an Schmidt vom November 1897 weist außerdem bereits auf Konflikte zwischen Vorstand und Aufsichtsrat bei der Leipziger Bank hin: „Ich muß Ihnen mitteilen, daß das Engagement mit Ihnen eine derartige Höhe erreicht hat, daß mein Aufsichtsrat beschlossen hat, den Verkehr mit Ihnen nicht weiter auszudehnen, sondern im Gegenteil soll das Bestreben dahin gehen, die Engagements möglichst herabzumindern und den Besitz an Aktien der Trebergesellschaft zu realisieren. [...] Nach Lage der Verhältnisse möchte ich Ihnen wirklich empfehlen, vielleicht auf den Dortmunder Bankverein gegen Hinterlegung von Tochteraktien zu transferieren. Wir würden dann gern die Wechsel auf drei Monate diskontieren.“ Entgegen den Anweisungen des Aufsichtsrates zeigte Exner somit Möglichkeiten auf, das Kreditvolumen

25 Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 83, 92, 111.

26 Ebd., S. 102-106. Schulze nennt einen Ertrag von rund einer Mio. Mark aus der Verbindung zur Trebergesellschaft (S. 105). Die in Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1897/98, ausgewiesene Gewinn- und Verlustrechnung für 1896 weist Gesamterträge der Leipziger Bank von 4.580.420 Mark aus.

27 Schreiben Exner an Schmidt vom 10. September und 11. November 1897, zit. n. Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 105 f.

des Treberkonzerns auszuweiten, allerdings nur gegen die zusätzliche Sicherung durch den Dortmunder Bankverein. Trotz der Anweisung des Aufsichtsrats vom Herbst 1897 schlossen Exner und Schmidt im Februar 1898 ein Reportgeschäft ab. Die Trebergesellschaft erhielt einen Kredit von der Leipziger Bank in Höhe von fünf Mio. Mark gegen Hinterlegung von Aktien verschiedener Tochtergesellschaften mit einer Rückkaufsvereinbarung zum 30. Juni 1900; diese wurde jedoch nicht eingehalten und das Reportgeschäft wurde prolongiert. Der Aufsichtsrat der Leipziger Bank, der wenige Monate vor diesem Geschäft noch die Reduzierung des Kreditvolumens gefordert hatte, war zumindest teilweise über das neue Geschäft informiert, denn der Vorsitzende des Aufsichtsrats und sein Stellvertreter beteiligten sich mit jeweils 50.000 Mark an dem Reportgeschäft. Spätestens bei diesem Geschäft hätte jedoch sowohl dem Aufsichtsrat als auch dem Vorstand der Leipziger Bank die verheerende Lage bei der Trebergesellschaft auffallen müssen, denn die vereinbarte Kreditprovision belief sich auf immerhin 20 Prozent.²⁸

Zeitgleich zum Reportgeschäft lockte die Trebergesellschaft noch mit einem anderen großen Geschäft, nämlich ihrer im Februar 1898 durchgeführten Kapitalerhöhung von sechs auf zwölf Mio. Mark. Bei dieser Kapitalmaßnahme übernahm die Leipziger Bank gegen eine Provision von 300.000 Mark – fünf Prozent des Nennwerts, also eine zehnfach höhere Provision als bei der Kapitalerhöhung im Januar 1896 – die Führung des Garantiekonsortiums. Des Weiteren erhielt die Leipziger Bank 1898 250.000 Mark als Provision für die Abwicklung des Interventionskontos für die Kurspflege der Treberaktien und 100.000 Mark Provision für die Abwicklung des Bezugsrechtskontos bei der Kapitalerhöhung. Schließlich bewilligte der Aufsichtsrat in seiner Sitzung am 15. Dezember 1898 eine Erhöhung des Blankokredits an die Trebergesellschaft auf zehn Mio. Mark.²⁹

Insgesamt erbrachten diese Geschäfte 1898 einen Ertrag von 1,65 Mio. Mark für die Leipziger Bank, rund 20 Prozent der gesamten Erträge in diesem Jahr.³⁰ Nicht enthalten waren in diesem Betrag jedoch die Zinsen und Provisionen für den ca. 5,7 Mio. Mark umfassenden Kontokorrentkredit sowie die Zinsen und Provisionen für ca. fünf Mio. Mark Wechselkredite.³¹

In den Jahren 1899 und 1900 verschlechterte sich die Situation bei der Trebergesellschaft und bei der Leipziger Bank zunehmend. War beispielsweise 1898 noch eine Wertpapierleihe mit Rücknahmeverpflichtung abgeschlossen worden, so einigte man sich im Frühjahr 1900 auf ein unbefristetes Lombarddarlehen in Höhe von rund 9,5 Mio. Mark. Die kriminelle Energie auf beiden Seiten wird vor allem daran deutlich, dass ein Großteil dieser Wertpapiere bereits bei der Leipziger Bank beliehen worden war und dass ein anderer Teil (3,75 Mio. Mark) Obligationen einer noch nicht bestehenden Tochtergesellschaft der Trebergesellschaft betraf. Darüber hinaus verbuchte die Leipziger Bank diese Kredite nicht als Lombarddarlehen, sondern als Konsortialbeteiligungen.³²

28 Ebd., S. 106 f.

29 Ebd., S. 107, 110.

30 Die Gesamterträge wurden der in Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1899/1900, veröffentlichten Gewinn- und Verlustrechnung für 1898 entnommen.

31 Diese Kreditvolumen ergeben sich überschlägig aus der vom Konkursverwalter erstellten Übersicht. Vgl. Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 137.

32 Ebd., S. 112.

Dem Aufsichtsrat der Leipziger Bank war das Gesamtvolumen der Kredite zu diesem Zeitpunkt nicht bekannt, aber selbst das offengelegte Kreditvolumen erschien ihm so riskant, dass er weitere Kredite nur noch gegen Bürgschaft durch den Vorstand der Trebergesellschaft, Schmidt, und die Aufsichtsratsmitglieder der Trebergesellschaft bewilligen wollte. Die Verantwortlichen bei der Trebergesellschaft kamen diesem Wunsch gerne nach und übernahmen sogar Kredite in einem Volumen von 22,4 Mio. Mark privat, allerdings mit der Vereinbarung, diese langfristig bis 1916 zu tilgen. Als Kreditsicherheit hinterlegten die Manager der Trebergesellschaft Forderungen, die sie gegenüber Tochtergesellschaften der Gesellschaft hatten, die jedoch bereits direkt an die Leipziger Bank verpfändet waren.³³

Auch die Verschleierung der Kredite in den Büchern der Leipziger Bank nahm zuvor ungekannte Ausmaße an: Insgesamt ließ der Vorstand der Leipziger Bank zwischen Frühjahr 1900 und Februar 1901 rund 54 Mio. Mark vom Hauptkonto der Trebergesellschaft verschwinden, sodass sich das offizielle Kreditvolumen durchweg auf rund sieben Mio. Mark belief. Der Vorstand versorgte dabei sowohl den Aufsichtsrat als auch Geschäftspartner – beispielsweise die Berliner Bankhäuser Heydt & Co. und S. Bleichröder – gezielt mit falschen Informationen. Instinktiv musste diesen Banken jedoch schon bewusst gewesen sein, dass die Lage bei der Leipziger Bank prekär war, denn die Aktien aus der 1898 durchgeführten Kapitalerhöhung der Leipziger Bank konnten von dem unter der Führung des Bankhauses S. Bleichröder stehenden Garantiesyndikat bis Frühjahr 1901 nicht vollständig an der Börse untergebracht werden.³⁴

In der Öffentlichkeit mehrten sich – insbesondere durch Presseartikel in der Frankfurter Zeitung – zunehmend die Anzeichen für eine Krise bei der Trebergesellschaft und der mit ihr eng verbundenen Leipziger Bank. Daraufhin beschloss der Aufsichtsrat der Leipziger Bank am 16. März 1901, für den 19. März 1901 eine außerordentliche Generalversammlung einzuberufen, um die Aktionäre über den Status der Gesellschaft zu unterrichten. Sowohl der Aufsichtsrat als auch die Aktionäre wurden zu diesem Zeitpunkt vom Vorstand aber noch nicht über die wahre Lage des Instituts informiert. Erst wenige Tage später, am 28. März 1901, setzte der Vorstand das Aufsichtsgremium in Kenntnis, dass sich das Engagement bei der Trebergesellschaft nicht auf 47 bis 50 Mio. Mark – wie der Aufsichtsrat bis dahin angenommen hatte –, sondern auf 86 Mio. Mark belief. Daraufhin beschloss der Aufsichtsrat unverzüglich, zur Trebergesellschaft nach Kassel zu fahren, um direkt mit dem dortigen Vorstand zu verhandeln. Direktor Schmidt von der Trebergesellschaft war offensichtlich so überzeugend, dass der Aufsichtsrat der Bank am 5. April 1901 weitere Kredite bewilligte.³⁵ Der Untergang der Leipziger Bank war nun jedoch nicht mehr aufzuhalten und am 25. Juni 1901 gab sie die Zahlungseinstellung bekannt.

Bei beiden Gesellschaften, der Aktiengesellschaft für Trebertrocknung und der Leipziger Bank, fügten die kriminellen Aktivitäten der Vorstands- und Aufsichtsratsmitglieder

33 Ebd., S. 113.

34 Ebd., S. 114 f. Nach Schulze seien von 16 Mio. Mark an jungen Aktien vermutlich noch 1.375.000 Mark im Portfolio des Konsortiums gewesen (S. 122). Zudem habe bei der Leipziger Bank ein Kursinterventionskonto bestanden, sodass die Bank ca. 2,5 Mio. Mark an eigenen Aktien besessen, davon aber 1,75 Mio. Mark an die Sächsische Lotterie-Darlehenskasse verpfändet hätte (S. 86).

35 Ebd., S. 114 f.

den Eigentümern und Gläubigern der Gesellschaften einen schweren wirtschaftlichen Schaden zu: Die Aktionäre der Leipziger Bank erlitten nach dem 25. Juni 1901 einen Kursverlust von rund 67 Mio. Mark, die Gläubiger der Bank mussten bis zum Ende des Konkursverfahrens über 30 Mio. Mark abschreiben. Der Gesamtschaden der Pleite summierte sich somit auf nahezu 100 Mio. Mark – immerhin 0,3 Prozent des deutschen Sozialprodukts.³⁶

IV. Die Unternehmensverfassung als begünstigendes Element für die Krise

Mängel in der Unternehmensverfassung haben zum Untergang der Leipziger Bank beigetragen. Verursacht wurde der Konkurs jedoch durch kriminelle Aktivitäten, die wiederum durch Änderungen in der Unternehmensverfassung begünstigt worden waren. Die Steigerung der erfolgsorientierten Vergütung für den Vorstand hat sicherlich dazu beigetragen, dass er sich stärker um eine höhere Gewinnerzielung bemüht hatte. Die Bindung an den Bilanzgewinn könnte zudem geföhrt haben, dass man das langfristige Interesse der Aktionäre aus dem Auge verloren hatte, insbesondere da die Tantiemeempfänger die Bemessungsgrundlage selbst erstellt und geprüft hatten. Im Verlauf der Jahre 1895 bis 1900, also im Zeitraum der Geschäftsverbindung mit der Aktiengesellschaft für Treber-trocknung, hatten die beiden Vorstände der Leipziger Bank insgesamt 1.302.829 Mark an Tantieme bezogen – immerhin durchschnittlich rund 108.600 Mark pro Jahr und Mitglied. In den sechs Jahren vor der Geschäftsaufnahme mit der Trebergesellschaft hatte die jährliche Tantieme je Vorstandsmitglied im Durchschnitt lediglich 7.500 Mark betragen. Der Vorstand der Leipziger Bank hatte somit im großen Stil von den Bilanzfälschungen der Trebergesellschaft und der Verschleierung der eigenen Situation profitiert. Auch der Aufsichtsrat der Leipziger Bank war nicht leer ausgegangen: Zwischen 1895 und 1900 hatte er insgesamt über eine Mio. Mark an Tantieme bezogen, das heißt im Durchschnitt pro Mitglied und Jahr immerhin 58.400 Mark und damit deutlich mehr als in den Jahren 1889 bis 1895, in denen lediglich 22.000 Mark jährlich pro Mitglied ausgeschüttet wurden.

Während die Führungsgremien der Bank somit deutlich vom Engagement bei der Trebergesellschaft profitiert hatten, sah dies für die Aktionäre anders aus. Ihre durchschnittliche jährliche Rendite hatte zwischen 1889 und 1894 bei 5,2 Prozent und für den Zeitraum 1895 bis 1900 nur etwas höher, bei acht Prozent, gelegen. Bereinigt man diese Zahlen um die allgemeine Marktentwicklung, indem man die durchschnittliche jährliche Rendite deutscher Standardaktien abzieht, dann ergibt sich für den Zeitraum zwischen 1889 und 1894 eine abnormale Rendite von 3,0 Prozent, für den Zeitraum von 1895 bis 1900 eine abnormale Rendite von 3,1 Prozent.³⁷ Die Aktionäre der Leipziger Bank hatten somit aus den riskanten Geschäften keine übermäßige Rendite erzielt und durch den Konkurs ihr gesamtes Kapital verloren.

36 Im Jahre 2006 entsprachen 0,3 Prozent des Bruttoinlandsprodukts ca. 7,5 Mrd. Euro.

37 Die Rendite der Standardaktien wurde durch den historischen DAX-30 von Ulrich Ronge, Die langfristige Rendite deutscher Standardaktien. Konstruktion eines historischen Aktienindex ab Ultimo 1870 bis Ultimo 1959 (Europäische Hochschulschriften, Reihe 5: Volks- und Betriebswirtschaft 2901). Frankfurt am Main et al. 2002, abgebildet.

Die Unternehmensverfassung der Leipziger Bank hatte den Aktionären kaum Einflussmöglichkeiten auf die Unternehmensführung gegeben. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft war von ihnen für einen Zeitraum von fünf Jahren gewählt worden, eine Abwahl war in den Statuten nicht vorgesehen. Der Aufsichtsrat wiederum war für die Bestellung des Vorstands zuständig gewesen, er schloss die entsprechenden Arbeitsverträge ab und prüfte den Jahresabschluss. Die Aktionäre hatten zudem keine Möglichkeit gehabt, über kritische Punkte auf den ordentlichen Generalversammlungen der Aktionäre zu sprechen, da die Aufnahme von Tagesordnungspunkten nur dem Vorstand und dem Aufsichtsrat gestattet war. Die einzige Möglichkeit zur Einflussnahme war die Einberufung einer außerordentlichen Generalversammlung gewesen, die der Aufsichtsrat abhalten musste, wenn dies mindestens fünf Prozent des Aktienkapitals der Gesellschaft forderten.

Die kriminelle Energie von Vorstand und Aufsichtsrat wurde durch die Gerichte bestätigt. Die beiden Vorstände der Leipziger Bank, Exner und Gentzsch, wurden inhaftiert. Ihr Vermögen wurde beschlagnahmt und sie wurden wegen betrügerischem Bankrott, Betrug und Untreue angeklagt. Die Aufsichtsratsmitglieder wurden durch den Konkursverwalter auf Schadenersatz verklagt. Bevor es zum Prozess kam, zahlten die Aufsichtsratsmitglieder jedoch 7,3 Mio. Mark an den Konkursverwalter. Daraufhin wurde die Klage zurückgezogen. Trotz dieser zivilrechtlichen Einigung wurde der Aufsichtsrat strafrechtlich wegen Verschleierung und teilweise wegen Untreue weiter belangt.³⁸ Im Juli 1902 wurde Exner wegen betrügerischem Bankrott und Bilanzverschleierung zu einer Zuchthausstrafe von fünf Jahren verurteilt. Seine Anwälte legten jedoch erfolgreich Revision beim Reichsgericht ein, sodass das Urteil im Oktober 1902 wieder aufgehoben wurde. Im erneuten Prozess vor dem Schwurgericht in Leipzig wurde Exner nur noch zu einer Zuchthausstrafe von 30 Monaten sowie zu einer Geldstrafe von 20.000 Mark verurteilt. Dem zweiten Vorstand Gentzsch wurden mildernde Umstände zuerkannt. Seine Strafe wurde auf drei Jahre festgesetzt und auch in einem Revisionsprozess nicht gemindert. Die angeklagten Aufsichtsratsmitglieder wurden wegen Bilanzverschleierung zu hohen Geldstrafen verurteilt, blieben jedoch auf freiem Fuß.³⁹ Nach drei Jahren, am 18. Juli 1904, wurde das Konkursverfahren mit einer Quote von 67 Prozent abgeschlossen.⁴⁰

Der Konkurs der Leipziger Bank hatte des Weiteren Rückwirkungen auf die Kunden der Bank, deren Einlagen zu einem Drittel verloren gegangen waren und deren Kredite nicht weiter verlängert wurden. Da die Leipziger Bank im Sommer 1901 eine Bilanzsumme von rund 157 Mio. Mark hatte, wovon etwa 91 Mio. Mark auf die Trebergesellschaft entfielen, resultierte aus dem Konkurs ein Refinanzierungsvolumen von über 60 Mio. Mark für andere Kreditnehmer. Dieses wurde zumindest teilweise durch andere in Leipzig ansässige Banken – vor allem durch die Allgemeine Deutsche Credit-Anstalt (ADCA) – sowie durch die Deutsche Bank, die kurz nach dem Bankrott eine Niederlassung in Leipzig eröffnet hatte, übernommen. So stellte die Direktion der Deutschen Bank in Leipzig in einem vier Wochen nach dem Zusammenbruch erstellten Bericht an

38 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1902/03, S. 702.

39 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1903/04, S. 713. Dabei ist anzumerken, dass die höchste im Aktiengesetz vorgesehene Geldstrafe 20.000 Mark betrug.

40 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1906/07, S. 642.

die Zentrale in Berlin fest: „Vorweg möchten wir den Hinweis machen, daß wir in unserer bisherigen Thätigkeit am hiesigen Platze die Überzeugung gewonnen haben, daß es wohl nur wenige Plätze in Deutschland geben dürfte, wo der bankgeschäftliche Verkehr sich in einer so völlig unverständlichen & ungesunden Weise abwickelt wie hier in Leipzig. Während man für das Effektengeschäft bei einem verhältnismäßig beschränktem Risiko es verstanden hat, einigermaßen lohnende Provisionsätze aufrecht zu erhalten, hat man bei dem weitaus größeren und umfangreicheren Kreditgeschäft eine Unsumme von Unkenntnis und Schleuderei in den Bedingungen eingeführt, die uns völlig überrascht hat. [...] Als am 26. Juni die Leipziger Bank zusammenbrach, wurden wir von allen Seiten mit Kreditanträgen überlaufen, aber fast ausnahmslos kamen diejenigen Leute zu uns, welche bei der Kreditanstalt schon vor Jahren eine Ablehnung erfahren hatten oder sonst gute Gründe hatten, sich einer Ablehnung daselbst nicht auszusetzen. Die besseren Verbindungen der Leipziger Bank, welche ebenfalls Kredit in Anspruch nehmen mußten, fanden selbstredend bei der genannten Bank sofort die freudigste Aufnahme, so daß wir, um kurz zu sein, schon heute wohl zu dem Ausspruch berechtigt sind, daß wir nicht jenen Erfolg mit der raschen Eröffnung unserer Filiale erzielt haben, welchen wir erwarten durften [...]. [Des Weiteren] behändigen wir Ihnen anbei die für jede einzelne Rechnung kurz gemachte Aufzeichnung zur gefälligen Bedienung und möchten dazu erwähnen, daß wir verschiedene dieser Verbindungen ebenfalls abgelehnt haben würden, wenn wir nicht gewissermaßen durch die am hiesigen Platze ausgebrochene Krisis gezwungen gewesen wären, da, wie es uns ohne Gefahr angebracht erschien, ein größeres Entgegenkommen an den Tag zu legen, als wir sonst angewandt haben würden.“⁴¹

Die niedrige Qualität der Kreditanträge wird daran deutlich, dass die Deutsche Bank lediglich 31 von 150 Kreditanfragen stattgab, wobei selbst die bewilligten Kredite nicht die bei der Deutschen Bank üblichen Sicherungen aufwiesen. Das bewilligte Kreditvolumen belief sich auf 4.425.000 Mark, wovon 1,7 Mio. Mark auf 15 Blankokredite entfielen. Der größte Kredit wurde der Sächsischen Kammgarnspinnerei eingeräumt, die einen Blankokredit in Höhe von 500.000 Mark erhielt.⁴² Darüber hinaus wurde die Deutsche Bank im Passivgeschäft aktiv: Es wurden 80 Kontokorrentkonten mit Einlagen in Höhe von 1,8 Mio. Mark sowie 237 Depositenkonten mit Einlagen in Höhe von zwei Mio. Mark eingerichtet.⁴³ Angesichts des Wegfalls eines Aktivgeschäfts in Höhe von über 60 Mio. Mark bei der Leipziger Bank und angesichts der 8.000 Konten, die bei der Leipziger Bank unterhalten worden sind, ist das Geschäftsvolumen der Deutschen Bank jedoch als moderat zu betrachten. Hauptprofiteur der Pleite dürfte daher die ADCA gewesen sein, deren Bilanzsumme im Geschäftsjahr 1901 von 155 Mio. Mark auf 249 Mio. Mark anstieg.⁴⁴

Der Zusammenbruch der Leipziger Bank führte bei Zeitgenossen zu intensiven Diskussionen über die Struktur der Unternehmensverfassung. Arthur Schulze schlussfolgerte in seiner Monografie über den Zusammenbruch der Leipziger Bank, dass vor allem

41 StA-L, 21017/Deutsche Bank Filiale Leipzig/33, Bl. 1 ff.

42 StA-L, 21017/Deutsche Bank Filiale Leipzig/33, Bl. 3.

43 StA-L, 21017/Deutsche Bank Filiale Leipzig/33, Bl. 5.

44 Saling's Börsenpapiere, 2. Teil: Finanzieller Teil, Berliner Börse 1901/02; 1902/03. Die im Sächsischen Staatsarchiv in Leipzig überlieferten Geschäftsunterlagen geben keine Auskunft über die Entwicklung dieser Bank im frühen 20. Jahrhundert.

Bankbilanzen nicht aussagekräftig seien und daher verbessert werden müssten: der Ausweis von Eventualverbindlichkeiten solle verschärft und der Wert von Kreditsicherheiten transparenter dargestellt werden. Die Revision von Bilanzen durch Buchprüfer lehnte er hingegen ab, da derartige Prüfungen nur oberflächlich sein könnten und durch die Testate eine nicht vorhandene Solidität des Jahresabschlusses vorgetäuscht würde. Auch die Funktion des Aufsichtsrates wurde von Schulze kritisch hinterfragt. Eine Generalkritik – wie sie in der so genannten „Aufsichtsratsfrage“ am Anfang des 20. Jahrhunderts aufkam – äußerte Schulz nicht. Er forderte nur, die Anzahl der Aufsichtsratsmandate je Person zu begrenzen und die Besetzung von Aufsichtsräten mit fähigen Kaufleuten statt mit klangvollen Namen. Zudem schlug er auch die Schaffung von staatlichen Bankrevisoren als mögliche Lösung des Problems vor.⁴⁵

Der Politiker und Bankenexperte Felix Hecht sah hingegen ein Versagen des Aufsichtsrates auf ganzer Linie. Er schlug vor, die Risikostruktur der Banken zu begrenzen, weil die Leipziger Bank letztendlich an einem zu großen Klumpenrisiko gescheitert sei. Auch die Vergabe von Lombardkrediten gegen Aktien sah Hecht kritisch: fordere die Bank ihren Kredit zurück, so hätte dies Auswirkungen auf den Kurs der als Kreditsicherheit hinterlegten Aktien des Schuldners. Die Hauptschuld schrieb Hecht jedoch dem Direktor der Leipziger Bank zu, dessen Sucht, reich zu werden, die Bank in den Ruin getrieben habe.⁴⁶

(PD Dr. phil. Carsten Burhop, Dipl. Volkswirt, Max-Planck-Institut zur Erforschung von Gemeinschaftsgütern, Kurt-Schumacher-Str. 10, D-53113 Bonn)

45 Schulze, Bankkatastrophen (wie Anm. 3), S. 132 ff.

46 Hecht, Katastrophe (wie Anm. 5), S. 388 f.